



Diese Aufkleber waren 1978
omnipräsent



„Politische Verantwortung“ – Realität oder Fiktion?

Ein Briefwechsel zwischen Erika Mitterer und dem
Bundeskanzleramt, 1982

kommentiert von Martin G. Petrowsky

Obwohl sich im November 1978 die Mehrheit der wahlberechtigten Österreicher in einer Volksabstimmung gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft ausgesprochen hatte, versuchte die Sozialdemokratische Partei unter Bundeskanzler Kreisky in den folgenden Jahren, eine Revision dieser Entscheidung zu erreichen. Vor der Volksabstimmung hatten sich viele Wissenschaftler mit Warnungen vor den ungelösten Sicherheitsfragen zu Wort gemeldet, unter ihnen auch der Bruder des damaligen sozialistischen Justizministers Christian Broda, der Physiker Engelbert Broda, der als ausgewiesener Fachmann in Fragen der Radioaktivität und Kernspaltung den Stand der Forschung so zusammenfasste:

Die seit 15 bis 20 Jahren gewonnenen Ergebnisse, so optimis-

tisch sie auch von der Kernindustrie gedeutet werden, berechnen noch lange nicht zu der Annahme, dass die Glasblöcke [in denen die radioaktiven Abfälle versiegelt werden sollten], wie verlangt, tausende Jahre und mehr halten werden. – Nicht sei bestritten, dass verlässliche Methoden der Müllbeseitigung existieren könnten, unberechtigt ist aber die Behauptung, sie seien bereits gefunden.

Auch die Medien griffen, nach dem Nein der Volksabstimmung, mit unterschiedlicher Tendenz das Thema immer wieder auf. So erschien z. B. in der *Wochenpresse* vom 2. 6. 1982 ein kritischer Beitrag unter dem Titel „Wohin mit den Reaktorleichen?“, der die Schriftstellerin Erika Mitterer veranlasste, dem Bundeskanzler Bruno Kreisky diesen Brief zu schreiben:

Wien, am 3. Juni 1982

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Ich bitte Sie, die beiliegenden Ausführungen über die Stilllegung ausgedienter Atomkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls zu lesen!

Auf Grund dieser wissenschaftlichen Feststellungen müsste doch jeder verantwortungsbewusste Staatsmann, sofern er vorher ein Befürworter der Errichtung von Kernkraftwerken war, seine Meinung ändern? Es sei denn, er interessiert sich nur für das Wohl der unmittelbaren Zeitgenossen und folgt der Devise: *Après nous le déluge* ...

Ich fühle mich zu dieser Frage berechtigt als Mutter mehrerer Kinder und Enkel. Was soll aus ihnen werden, welche Welt hinterlassen wir ihnen, wenn unsere geschätztesten und einflussreichsten Politiker wissenschaftliche Erkenntnisse einfach ignorieren und sich nur zuständig fühlen für die Probleme der nächsten Wahlperiode?

In tiefer Sorge und aufrichtiger Ergebenheit

E. M.

1040, Wien, Rainergasse 3

Kopie des Briefdurchschlags aus dem EM-Archiv

Mehr als einen Monat später erhielt Erika Mitterer eine Antwort – nicht von Bruno Kreisky persönlich, aber immerhin von einer Mitarbeiterin seines „Kabinetts“:



BUNDESKANZLERAMT
Kabinett des Bundeskanzlers
Dr. Gertraud FRISCH

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 6615/fi — 2312 DW
12. Juli 1982

Frau
Erika MITTERER
Rainergasse 3
1040 Wien

Sehr geehrte Frau Mitterer!

Der Herr Bundeskanzler dankt für Ihr Schreiben vom 3. Juni, in welchem Sie Ihre sorgenvollen Gedanken, die Ihnen bei der Lektüre des Wochenpresse-Artikels „Wohin mit den Reaktorleichen?“ gekommen sind, mitteilen. Es ist aber so, daß dieser Artikel Richtiges mit Falschem vermengt und nicht als wissenschaftlich einwandfrei angesehen werden kann. So ist die Angabe der relativen biologischen Wirksamkeit nur im Hinblick auf die Kontakttherstellung mit biologischer Substanz von Bedeutung, die Gewichtsangabe von radioaktiven Materialien nur im Hinblick auf ihr Aktivitätsinventar radiologisch relevant, ein sofortiger Abbruch von Anlagen wäre im Hinblick auf langlebige Isotopen widersinnig, um nur einige Beispiele anzuführen.

Der Abbruch und die sichere Verwahrung der Abbruchmaterialien ausgedienter Kernkraftwerke in einer Art und Weise, die die Gefährdung von Menschen und ihrer Nachkommenschaft ausschließt, ist eine gesicherte Technik. Daß durch die Neutronenbestrahlung im Reaktor zum Teil hohe Aktivitäten entstehen – allerdings in einem engbegrenzten Bereich um den Reaktorkern und nicht etwa im ganzen Kernkraftwerk –, ist seit langem bekannt und war Ausgangspunkt der Entwicklungen der entsprechenden Lagerungstechniken.

Abfälle haben zumeist die nachteilige Eigenschaft der Langlebigkeit – und dies trifft nicht nur auf nukleare, sondern noch stärker auf viele chemische Abfälle zu. Die hohe Konzentration der Abfälle, die aber in ihrer Summe beim Betrieb eines Kernkraftwerkes eine vergleichbare Toxizität haben wie die Summe der chemischen Abfälle aus gleich großen konventionellen kalorischen Kraftwerken, hat frühzeitig zur Entwicklung der Technik der nuklearen Entsorgung geführt, sodaß heute die Verwahrung radioaktiver Abfälle viel mehr gesichert ist, aber auch viel mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit kam, als die Verwahrung chemischer Abfälle. Dies muß bei der Entscheidung der Wahl eines bestimmten Kraftwerktyps beachtet werden.

Trotz der vielfachen Ablehnung ist die Kerntechnik einschließlich ihrer Entsorgung sicherer als vergleichbare konventionelle Technologien, sodaß gerade die Entscheidung für die Kerntechnik – falls zusätzlich Energie gebraucht wird – durchaus im Sinne auch Ihrer Sorge um die Gesundheit der Menschen und ihrer Nachkommenschaft läge.

Die in diesem Artikel angeführten Umstände und Behauptungen ändern nichts daran, daß die Entsorgung ausgedienter Kernkraftwerke alle Erfordernisse der Sicherheit der Menschen der jetzigen und künftigen Generationen erfüllt. Die im Artikel erwähnten Abbruchkosten von 10 % der Planungs- und Errichtungskosten sind nicht aufgrund neuer Fakten errechnet, sondern seit Jahren bekannt. Sie würden übrigens, da erst in 30–40 Jahren benötigt, bei sofortiger Bereitstellung auch mit Berücksichtigung der Geldentwertung ca. 1 % der Planungs- und Errichtungskosten ausmachen.

Da die physikalischen Verhältnisse im nuklearen Bereich sehr genau erforscht sind, ist mit dem Auftreten von Fakten, die die Entsorgungskonzepte maßgeblich ändern würden, nicht zu rechnen.

Ich darf Ihnen versichern, daß wissenschaftliche Erkenntnisse von den verantwortlichen Politikern unseres Landes keinesfalls ignoriert werden, sondern eine der wichtigsten Entscheidungsgrundlagen darstellen. Es ist aber auch eine wissenschaftliche Erkenntnis, daß gerade die Kerntechnik in ihrer Gesamtheit verglichen mit anderen Schadstoffquellen lediglich minimale Umweltbeeinträchtigungen verursacht.

Mit besten Grüßen



In all den Experten-Diskussionen über Nutzen und Gefahren einer Forcierung der Atomenergie zur Stromgewinnung nahm – neben den Aspekten der Erdbbensicherheit der jeweils ausgewählten Standorte und des Schutzes vor terroristischen Anschlägen – das Problem der sicheren Endlagerung der radioaktiven Abfälle, des „Atommülls“, eine zentrale Stellung ein. Dabei haben auch viele Befürworter zugestanden, dass noch nicht alle Fragen zufriedenstellend geklärt seien, der Tenor war jedoch: In spätestens 10 Jahren werde es eine absolut sichere Lösung geben. Die Endlagerung, die nach Ansicht des Kreisky-Teams bereits 1978 „alle Erfordernisse der Sicherheit der Menschen“ erfüllt habe, sollte also spätestens 1990 kein Thema mehr sein!

Und die im Jahr 1982 vertretene Behauptung, dank einer „gesicherten Technik“ wäre mit dem „Auftreten von Fakten, die die Entsorgungskonzepte maßgeblich ändern“ könnten, nicht zu rechnen, erwies sich in der Zwischenzeit als verhängnisvoll widerlegt. Denn im Februar dieses Jahres sah sich Japan zur Ankündigung gezwungen, das nach dem Unfall in Fukushima (März 2011) in mehr als 1.000 Tanks gelagerte radioaktiv verseuchte Kühlwasser, von dem täglich (!) 140 Tonnen anfallen, nun mangels weiterer Lagerungsmöglichkeiten ins Meer ableiten zu müssen. Wer würde heute wagen zu behaupten, dass dies keine negativen Auswirkungen auf das Leben auf unserem Planeten haben werde?!

Und was haben die Menschen aus dieser eklatanten Fehleinschätzung der Risiken gelernt?

Die EU-Kommission hat sich zu einer Neuinterpretation ihrer Taxonomieverordnung entschlossen, wonach Atomkraftwerke bis 2045 als nachhaltig klassifiziert werden – mit der bemerkenswerten Vorgabe, es müsse ein konkreter Plan für die Endlagerung radioaktiver Abfälle ab spätestens 2050 vorgelegt werden.

Wiederum also lässt man eine Technologie, die lebensbedrohende Risiken enthält, in der Erwartung zu, dass Problemlösungen rechtzeitig gefunden werden, ohne auch nur die Kriterien für die Beurteilung der vorzulegenden Pläne zu definieren.

Das bedeutet, dass die von Frau Dr. Frisch so euphorisch apostrophierten „verantwortungsvollen“ Politiker, die nun in Brüssel das Steuer in der Hand halten, für weitere Jahrzehnte den Einsatz einer viele Generationen von Menschen gefährdenden Technologie zulassen, ohne irgendwas aus Tschernobyl und Fukushima gelernt zu haben.

Wie recht hat doch Erika Mitterer 1982 mit ihrem Appell gehabt!

Und ich erlaube mir die Frage: Wo bleiben denn die Aufschreie der Schriftstellerinnen und Schriftsteller heute, die sich so gerne mit ihren Forderungen in so wichtigen Fragen wie der Umwandlung der deutschen Sprache in ein „gendergerechtes“ Idiom an die Öffentlichkeit wenden – wieso ist ihnen die Gesundheit zukünftiger Generationen kein Anliegen?

Eines kann ich jedenfalls an dieser Stelle zusagen: *Der literarische Zaunkönig* wird ihnen, wenn sie endlich aufwachen und verstanden haben, die Prioritäten richtig zu setzen, den nötigen Platz für ihre Warnungen und Mahnungen einräumen.

Quellennachweis: Kopien der beiden Briefe befinden sich im Archiv der Erika Mitterer Gesellschaft in Wien.

Peter Henisch:

aus protest

gegen die politik der regierung
lasse ich demonstrativ
mein schuhband offen

wenn ich stolpere
und mir den fuss verstauche
wird ihnen (denke ich) schon aufgehn
was sie anrichten können

Aus: *Noch ist das Lied nicht aus*, hg. v. Ulrich Weinzierl, Residenz-Verlag 1995, S 206



Nyrady Der Heimgang